



Umwelt, Natur und
Landschaftspflege
Landratsamt Kitzingen

Ansprechpartner: Kitzingen, den 10.12.2025
Herr Benjamin Eschenlohr, Tel. +49 (9321) 928-6207, E-Mail: Benjamin.Eschenlohr@kitzingen.de – Fax +49 (9321) 928-6299

Fachtechnische Stellungnahme des technischen Immissionsschutzes					
Aktenzeichen	BL-20-2025				
Vorhaben	Gemeinde Mainstockheim BPlan „Wunn II“ mit 1. Änderung des Bebauungsplanes „Wunn“, frühzeitige Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB				
Antragsteller	Gemeinde Mainstockheim				
Gemeinde	Mainstockheim	Gemarkung	Mainstockheim	Fl. Nr.	1562/36, 1562/37, 1562/38 1562/40, 1562/42
Anlagen	-				

Aus Sicht des fachtechnischen Umweltschutzes wird zu dem Vorhaben folgendes mitgeteilt:

1. Sachverhalt

Die Gemeinde Mainstockheim beabsichtigt mit der Aufstellung des Bebauungsplans „Wunn II“ die Ausweisung eines Allgemeinen Wohngebiets auf den o.g. Flurnummern.

Das Gebiet wird als Allgemeines Wohngebiet (WA) gem. § 4 BauNVO festgesetzt und entwickelt sich aus dem aktuell gültigen Flächennutzungsplan der Gemeinde.

2. Beurteilung

In dem zum Bebauungsplan eingeholten Lärmgutachten des Sachverständigen-Büro w-tasch mit der Bericht-Nr.: 25-074-01 vom 07.11.2025, dessen Lärmberechnung formell als zutreffend unterstellt wird, wird aufgezeigt, dass der Orientierungswert für die Nacht im gesamten Plangebiet aufgrund der vorbeiführenden Bahnstrecke Würzburg-Kitzingen deutlich überschritten wird. Dem soll innerhalb des vorliegenden Bebauungsplangebiets laut Vorschlag des Lärmgutachtens allein mit passiven Schallschutzmaßnahmen begegnet werden.

Dabei wäre mit aktivem Lärmschutz (z.B. Lärmschutzwand) entlang der Bahnstrecke sicher viel mehr zu erreichen. Ob die Argumentation des Lärmgutachtens soweit sticht, von einer schalltechnischen Untersuchung aktiver Schallschutzmaßnahmen entlang der Bahnstrecke absehen zu können, weil entsprechende Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans liegen (und vermtl. auch nicht im Eigentum der Gemeinde sind), ist zumindest zu hinterfragen und entsprechend den Ausführungen des bekannten Schreibens des Bayer. Innenministeriums (StMI) vom 25.07.2014, Az. IIB5-4641-002/10, in die sachgerechte Abwägungsentscheidung der Gemeinde einzustellen. Dies auch mit Blick darauf, dass der aktuelle Flächennutzungsplan großflächige Erweiterung von Wohnbauflächen in Richtung der bestehenden Bahnlinie aufzeigt. Insgesamt wäre mit aktivem Schallschutz (Lärmschutzwand) mehr an Wohnqualität für eine Vielzahl Betroffener möglich, und auch für bestehende Wohnflächen erzielbar.

Im Rahmen der Bauleitplanung obliegt der Belang des Lärmschutzes grundsätzlich der gemeindlichen Abwägung.

Gez.

Benjamin Eschenlohr
(Umweltschutzingenieur)